

28.03.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2335
der Abgeordneten Renate Hendricks SPD
Drucksache 14/6242

Anteil von Migranten im Polizeidienst soll erhöht werden

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2335 vom 20. Februar 2008:

Die europäische Polizei will in den kommenden Jahren den Anteil von Bediensteten mit Migrationshintergrund in ihren Reihen deutlich erhöhen. Hintergrund ist, dass es in den europäischen Metropolen Vororte oder bestimmte Bezirke gibt, wo der Anteil der Bewohner anderer Ethnien hoch ist, und es dort zum Teil eine hohe Kriminalitätsrate gibt. Es ist wichtig, dass mehr Beamte ausländischer Herkunft eingestellt werden, da deren sprachliche und kulturelle Kenntnisse vor allem in Problembezirken für die Polizei von großem Vorteil wären und weiterhelfen können.

Auch die Polizei in NRW möchte mehr Personen mit Migrationshintergrund einstellen. Bereits seit 1993 ist es in NRW möglich, Bürger anderer Nationalitäten als Polizisten einzustellen. Jedoch sank die Zahl der eingestellten Migranten von 75 im Jahr 2002 auf 38, von insgesamt 500 Neueinstellungen, im Jahr 2006. In ganz NRW sind nur 120 Kommissare, von insgesamt 39 000, ausländischer Herkunft. NRW-Innenminister Ingo Wolf führte diesbezüglich bereits Ende 2006 aus, dass „mehr Personen mit Migrationshintergrund im Polizeidienst zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und Akzeptanz beitragen würden.“ Auch Integrationsminister Armin Laschet verwies darauf, dass „bereits jeder vierte Bürger einen Migrationshintergrund aufweise und sich das bei der Polizei widerspiegeln müsse.“

Als Teil einer neuen Werbe-Kampagne 2007 wurde daher auch vom Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW, Dezernat Werbung und Auswahl ein bereits bestehendes und nunmehr modifiziertes Konzept zur speziellen Ansprache/Werbung junger Menschen mit Zuwanderungshintergrund entwickelt. Dieses sieht u. a. verstärkte Werbemaßnahmen in interkulturellen Bereichen durch intensive Zusammenarbeit mit Ausländerbeiräten, -

Datum des Originals: 27.03.2008/Ausgegeben: 02.04.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

beauftragten, ausländischen Vereinen und Schulen mit hohem Ausländer- bzw. Migrantenanteil vor.

Vor diesen Hintergründen frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen im Einsatz hat die Polizei in NRW mit Kollegen mit einem Migrationshintergrund machen können?
2. Wie viele Polizisten mit Migrationshintergrund befinden an welchen Ausbildungsstellen in der Ausbildung?
3. Wie haben sich die Zahlen der Polizisten mit Migrationshintergrund seit 2005 entwickelt?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Erfolg der beschriebenen Anwerbungskampagne?
5. Welche Überlegungen bestehen, die Anwerbestrategien der Landesregierung zukünftig zu verändern, um mehr Polizisten mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen?

Antwort des Innenministers vom 27. März 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

Zur Frage 1

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte mit Migrationshintergrund verfügen in der Regel über mehr oder weniger ausgeprägte Sprachkompetenzen des eigenen Herkunftslandes bzw. des Herkunftslandes zumindest eines Elternteils. Zudem sind ihnen kulturelle Besonderheiten und Verhaltensweisen bekannt, sodass sie regelmäßig über eine umfangreiche interkulturelle Kompetenz verfügen.

All dies wird im täglichen Polizeidienst in einer Vielzahl von Einzelfällen positiv genutzt, so dass ihr Einsatz bisher weit überwiegend positive Auswirkungen gezeigt hat.

Nur in vergleichsweise sehr wenigen Fällen sind bisher Probleme (Ablehnung oder Konfrontation) mit dem polizeilichen Gegenüber oder mit unbeteiligten Bürgerinnen und Bürgern bekannt geworden.

Zur Frage 2

Die Verteilung der Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf die Ausbildungsstellen erfolgt aus Gründen der Gleichbehandlung ohne Berücksichtigung ihrer ethnischen Herkunft bzw. eines ggf. vorhandenen Migrationshintergrundes. Dementsprechend wird statistisch nicht erhoben, wie viele Kommissaranwärterinnen und -anwärter mit Migrationshintergrund sich an welchen Ausbildungsstellen oder Standorten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in der Ausbildung befinden.

Zur Frage 3

Die Anzahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsangehörigkeit im Polizeivollzugsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen konnte seit dem Jahre 2005 weiter erhöht werden.

Jahr	Polizeibeamtinnen/-beamte in NRW mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsangehörigkeit
2005	548
2006	586
2007	607

Zur Frage 4

Die Personalwerbekampagne zur Gewinnung von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund für den Polizeivollzugsdienst wurde in den Jahren 2006 und 2007 weiterentwickelt. Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Werbemaßnahmen konnte eine wachsende Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund für den Polizeivollzugsdienst interessiert werden. Im Rahmen der Werbekampagnen haben insbesondere drei speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtete, zentrale Veranstaltungen in Düsseldorf, Bochum und Dortmund sowie landesweit mehr als 100 öffentliche Personalwerbeveranstaltungen, die diese Zielgruppe besonders berücksichtigten, stattgefunden. Diese Maßnahmen haben u. a. erfolgreich dazu beigetragen, dass während der Einstellungskampagne 2007 1.184 Bewerbungen von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund eingereicht wurden (16 % der Gesamtbewerbungen) und damit dieser besondere Bewerberkreis erfolgreich erschlossen werden konnte.

Zur Frage 5

Die bisher erfolgreich durchgeführten Werbemaßnahmen für den Kreis der Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund sprechen für die bestehende Personalwerbestrategie.

Gleichwohl wird zukünftig durch eine intensivere dezentrale Personalwerbung die unmittelbare Nähe der örtlichen Polizeibehörden zu diesem Bewerberkreis weiter gefördert und soll so eine weiter steigende Zahl interessierter Personen mit Migrationshintergrund als Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeiberuf nach sich ziehen.